Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 77 (1990)
Heft: 11: Bildungspolitik : Schweiz und Europa

Artikel: Schweiz - BRD : die Unterschiede sind gewachsen
Autor: Zedler, Peter / Moser, Heinz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-534541

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz – BRD: Die Unterschiede sind gewachsen

Gespräch von Peter Zedler und Heinz Moser

Wo trifft man sich zum Erfahrungsaustausch über das Bildungswesen der Bundesrepublik und der Schweiz? Stilgerecht diskutierten Peter Zedler und Heinz Moser im Mövenpick-Restaurant am Aasee in Münster. Im Zeichen der verstärkten europäischen Zusammenarbeit im Gefolge von EG '92 fragten sie sich angesichts des Zürcher Geschnetzelten aus Münster, wie ähnlich das Bildungsmenü der beiden Länder heute schon ist.

Heinz Moser: Beginnen wir mit der Schulkarriere eines typischen Schweizer Kindes. Es kommt bei uns meist mit ca. sieben Jahren in die Schule. Allerdings besucht vorher ein relativ grosser Anteil – ich denke über achtzig Prozent der Kinder – bereits einen meist zweijährigen Kindergarten.

Peter Zedler: Bei uns gehen die Kinder schon früher in den Kindergarten, in der Regel ab dem dritten oder vierten Altersjahr...

Heinz Moser: Also mehr als zwei Jahre lang...

Peter Zedler: Die Dauer hängt u.a. von der familiären Hintergrundsituation ab. Wenn ein Elternteil voll zu Hause ist, dann kommen die Kinder eher später in den Kindergarten. Danach besuchen die Kinder vier Jahre lang die Grundschule, wobei sie in der Regel mit sechs Jahren eingeschult werden. Wer aber am 30. Juni (Stichtag) dieses Alter noch nicht erreicht hat, kann auf Antrag auch vorzeitig eingeschult werden; ansonst kommt er eben erst mit sieben in die Schule.

Heinz Moser: Beim Schulbeginn haben wir uns in gewisser Weise an die Bundesrepublik angepasst. Denn mehrere Kantone kannten bis vor kurzem noch den Schulbeginn im Frühjahr. Es gab eine grosse Auseinandersetzung im Rahmen einer Volksabstimmung, wobei zum Beispiel eingewandt wurde, der Frühjahrs-Schulbeginn entspreche eher dem Rhythmus der Jahreszeiten. Trotzdem ist die Umstellung dann beschlossen worden – nicht zuletzt, um es den Kindern zu erleichtern, nach einem Wohnungswechsel den schulischen Anschluss zu finden.

Peter Zedler: Solche und zahlreiche weitere Unterschiede gab es bei uns bis 1954 ebenfalls. Aufgrund der damaligen Diskussionen um das «Schulchaos» wurde der «Deutsche Ausschuss für das Bildungswesen» eingerichtet. Auf Vorschlag dieses Ausschusses legte die Konferenz der Kultusminister einen einheitlichen Schuljahresbeginn fest. Dann, mit dem Massentourismus der letzten Jahrzehnte, ist man aber um 1968 wieder zu einer gewissen Staffelung übergegangen.

Heinz Moser: Der einheitliche Schulbeginn im Spätsommer, den wir jetzt kennen, hat bei uns nicht zu einem gesamtschweizerischen Stichtag geführt. So gibt es bei uns je nach Kanton – oder in Einzelfällen sogar Gemeinden – unterschiedliche Ferienanfänge. Überhaupt ist die Schule in der Schweiz ein extremer Hort des Föderalismus.

Die Grundschule (sog. «Primarschule») dauert zwar in den meisten deutschschweizerischen Kantonen sechs Jahre lang (also gegenüber der Bundesrepublik zwei absolut selektionsfreie Jahre mehr für die Schüler). Daneben gibt es aber auch Kantone, die eine vier- oder fünfjährige Primarschule führen. Gerade kürzlich hat übrigens der Kanton Bern beschlossen, sich dem sechsjährigen Modell anzupassen. Im weiteren könnte man im Bereich der Lehrpläne und Fächer ebenfalls eine Vielzahl von Unterschieden anführen.

Peter Zedler: Aber gibt es nicht auch einheitliche Strukturen?

Heinz Moser: Sicher gibt es solche Tendenzen. So übt etwa die Maturität (deutsch: Ab-

itur) mit seinen gesamtschweizerischen Anforderungen auf die vorhergehenden Schulstufen einen gewissen Druck zur Vereinheitlichung der Bildungsangebote aus. Oder um auf etwas ganz Elementares hinzuweisen: In der Schweiz gibt es die Tradition des Nachmittagsunterrichtes, den man ja in der Bundesrepublik nicht kennt. Die Kinder gehen zum Beispiel morgens bis gegen 12 Uhr in den Unterricht, nehmen dann das Mittagessen zuhause ein und haben dann von 14 Uhr bis 16 Uhr nochmals Schule...

Peter Zedler: Gibt das nicht einen ungeheuren Stress, wenn man zum Beispiel eine halbe Stunde Schulweg hat?

Heinz Moser: Da ist die Kleinräumigkeit unseres Landes und damit die Kürze der Schulwege von Vorteil. Wo jedoch eine Rückkehr nach Hause nicht möglich ist, wird ein Mittagstisch organisiert (entweder privat oder durch die Schule). Davon zu unterscheiden ist allerdings die Diskussion um die Ganztagsschulen, welche in der Schweiz ähnlich wie in der Bundesrepublik geführt wird – allerdings bislang noch ohne grösseren Erfolg. Hier würde dann ja während der Mittagspause, die in der Schule verbracht wird, eine durchgängige pädagogische Betreuung angeboten.

Gemeinsames Problem: Sonderschul-Integration

Peter Zedler: Im Rahmen der Grundschule möchte ich besonders auch die Sonderschule erwähnen. Bei uns gibt es seit einiger Zeit eine heftige Diskussion um die Integration der Sonderschüler in normale Klassen. Die grössten Probleme dabei sind allerdings nicht einmal in erster Linie von pädagogischer Art. Vielmehr handelt es sich oft auch um Verteilungsprobleme – etwa im Sinne der Befürchtung, dass die bestehenden Sonderschulen dann zu wenig Schüler bekämen. Gerade bei leichten Behinderungen wird diese Integration aber oft schon konkret realisiert. So kommt es oft vor, dass Schulpsychologen feststellen, es handle sich bei einem Schüler um einen Grenzfall. Wenn sich dann aber die Eltern mit dem Grundschullehrer abstimmen, dann bleibt er in der Klasse.

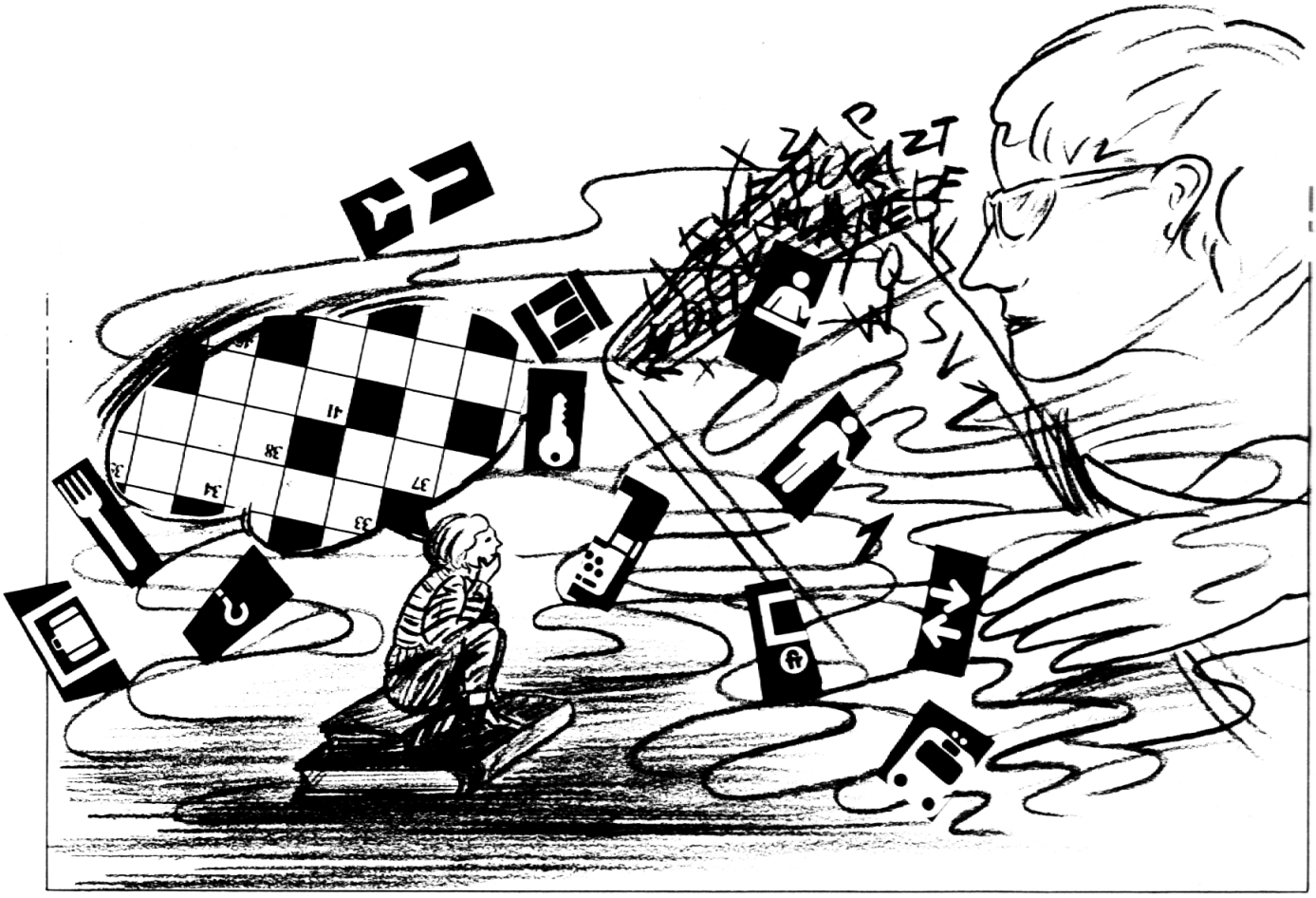
Heinz Moser: Bei uns besteht sicher gegenwärtig ebenfalls eine gewisse Skepsis gegenüber der Sonderschule als ausgegrenzter Institution. Das hat zu verschiedenen Ansätzen geführt, um präventiv einzugreifen. Auf der einen Seite gibt es die Möglichkeit einer externen Sonderschulung und Therapie für Normalklassenschüler, die z.B. im mathematischen oder sprachlichen Bereich spezifische Leistungsschwächen aufweisen. Das hat aber zum Teil so weit geführt, dass bis zu zwanzig Prozent der Schüler schon einmal in irgendeiner Weise in den Genuss solcher Förderungsmassnahmen gekommen sind. Deshalb haben etwa die Erziehungsbehörden im Kanton Zürich gerade kürzlich zu grösserer Zurückhaltung aufgerufen.

Peter Zedler: Das ist aber noch keine Integration von Sonderschülern im eigentlichen Sinn.

Heinz Moser: Die Unzufriedenheit mit der Vielzahl externer Therapien hat zur Frage geführt, ob man diese Probleme nicht über spezielle heilpädagogisch geschulte Lehrer innerhalb der Schulen angehen könne. In verschiedenen Gemeinden laufen deshalb Experimente mit einer sogenannten «Heilpädagogischen Schülerhilfe». Hier übernimmt ein zusätzlich angestellter Heilpädagoge während der normalen Unterrichtszeit eine gezielte individuelle Förderung im Bereich von Teilleistungschwächen. Dadurch wird es möglich, Schüler auch dann in der Normalklasse zu halten, wenn der Normalklassenlehrer allein überfordert wäre.

Peter Zedler: Kann man als Übereinstimmung festhalten, dass man in beiden Ländern für leichter behinderte Kinder neue Wege sucht. Hinzufügen möchte ich höchstens noch, dass es natürlich auch in der Bundesrepublik einen Förderunterricht gibt. Dieser dient allerdings weniger einer heilpädagogischen Behandlung, wozu die Lehrer gar nicht ausgebildet sind.

In diesem Zusammenhang müsste man zudem auf die Institution der Beratungslehrer hinweisen. Diese haben eine besondere, man könnte sagen «quasi-therapeutische», Ausbildung und sind für «schwierige» Kinder zuständig. Sie nehmen z.B. Beratungsgespräche zwischen Eltern und Klassenlehrer wahr, geben den Lehrern Tips, wie sie



professioneller mit solchen auffälligen Kindern umgehen können, und nehmen in Konflikten eine Vermittlerrolle ein.

Heinz Moser: Solche spezielle Lehrer-Funktionen gibt es bei uns in der Grundschule kaum. Da gibt es dann eher den schulpsychologischen Dienst, dem ein Kind überwiesen wird. Oder im Konfliktfall wenden sich die Eltern an die Schulaufsicht, in verschiedenen Kantonen an die «Schulinspektoren» – oft ehemalige Lehrer, welche als Angehörige der kantonalen Schulbürokratie den Schulbetrieb fachlich überwachen.

Die Schulstrukturen auf kommunaler Ebene

Peter Zedler: Wer entscheidet nun aber, ob zum Beispiel ein Kind an die Sonderschule überwiesen wird? Üben diese «Schulinspektoren» hier ebenfalls die fachliche Aufsicht aus? In der Bundesrepublik gibt es dafür an Grund- und Hauptschulen die Schulräte.

Heinz Moser: Die Inspektoren überwachen lediglich den Schulbetrieb. Die Entscheidungen liegen dagegen auf der kommunalen Ebene bei den Schulkommissionen oder -pflegen. Diese beschliessen z.B. aufgrund des Antrages eines Lehrers die Überweisung an eine Sonderschule. Aber aufgepasst: Es handelt sich bei diesen Kommissionen nicht um ein Gremium innerhalb der bürokratischen Verwaltungsstruktur. Ihre Mitglieder werden als politische «Regierung» des Schulwesens periodisch – meist alle vier Jahre – von den Wahlberechtigten einer Gemeinde gewählt.

Diese Schulpflegen sind recht selbständig und haben im Kanton Zürich zum Beispiel folgende Befugnisse und Entscheidungskompetenzen: Sie führt die Aufsicht über die Schulen der Gemeinde und ist für die Einhaltung des Schulgesetzes und der Verordnungen verantwortlich. Insbesondere ist sie rechtlich die erste Entscheidungsinstanz, wenn es zu Konflikten und Anträgen kommt. Sie hat z.B. bei unentschuldigten Absenzen über Bussen zu entscheiden, beschliesst über die Sonderschulung eines

Kindes, behandelt Rekurse bei der Nichtpromotion eines Schülers. Daneben ist die Schulpflege für den Zustand der Schulanlage, die Anzahl der Klassen ebenso verantwortlich wie für die Besetzung der Lehrstellen. Und auch der Schulbetrieb wird von den Schulpflegern überwacht. So ist es üblich, dass die Laienmitglieder dieser Behörde regelmässig den Unterricht besuchen und beurteilen. Man mag diese Laienaufsicht im Zeitalter der Professionalisierung des Bildungswesens anachronistisch finden; immerhin führt es zu einer engen Verzahnung zwischen Schule und Gemeindeleben...

Peter Zedler: Ein Teil dieser Fragen würde bei uns durch die Institution der Schulkonferenz geregelt. Hier würde z.B. entschieden, ob die Fünf-Tage-Woche in der Schule eingeführt wird. Denn vom Gesetz her ist es der Schule frei gestellt, sechs oder fünf Tage Unterricht zu erteilen.

Dabei wäre anzufügen, dass es natürlich in den Gemeinden auch einen parteipolitisch besetzten Schulausschuss des jeweiligen Gemeinderates gibt. Dieser berät über das Schulformangebot, in Fragen der Finanzen etc. Denn bei uns sind die Gemeinden seit 1808 in den äusseren Schulangelegenheiten (Schulbau, Räumlichkeiten bis hin zur Putzfrau) zuständig und das Land für die inneren Angelegenheiten (Lehrpläne, Lehrerbesoldung etc.). Wenn es also zum Beispiel um die Frage der Ganztagesschule geht und man sich überlegt, wie das Mittagessen finanziert werden soll, dann befasst sich damit der Schulausschuss. Im Gymnasialbereich hat er sogar das Vorschlagsrecht für die Einstellung der Lehrer, was im Grund- und Hauptschulbereich in der Regel bei der Bildungsverwaltung liegt und nicht bei der einzelnen Gemeinde wie bei Euch.

Heinz Moser: Mir fällt auf, dass gegenüber der Bundesrepublik bei uns vor allem die Lehrer und Eltern wenig direkten Einfluss auf die kommunale Schulführung haben. So können die Lehrer in dem als Beispiel genannten Kanton Zürich von Amtes wegen nicht in die Schulpflege gewählt werden; sie haben dort lediglich eine beratende Stimme. Aber auch die Eltern fühlen sich in der Schule zu wenig repräsentiert. Denn es gibt kein offizielles Gremium mit Entscheidungskompetenzen, dem sie oder deren Vertreter automatisch angehören. Oft beschränkt sich ihre Mitwirkung in der Teilnahme an Elternabenden, die vom Klassenlehrer veranstaltet werden. Deshalb die Frage: Wie sieht diese Mitwirkung in der Bundesrepublik aus?

Peter Zedler: Diese Einflussnahme der Elternschaft besteht bei uns nicht auf der Grundlage eines politischen Amtes. Vielmehr bestimmt jede Klasse einen sog. «Klassenpflegschaftsvorsitzenden». Dieser hat die elterlichen Belange, z.B. in Konfliktfällen mit den Lehrern, gegenüber den Klassenlehrern zu vertreten. Aus der Gemeinschaft der Klassenpflegschaftsvorsitzenden werden wiederum Schulpflegschaftsvorsitzende gewählt. Diese sind dann automatisch Mitglieder der Schulkonferenz.

Bildungsprobleme der Sekundarstufe I

Heinz Moser: Damit kämen wir zur Ausbildung nach der Grundschule, also nach jenem Zeitpunkt, wo in beiden Ländern erste Formen der Selektion erfolgen. In der Schweiz beginnt dies meist nach der sechsten Klasse, in der Bundesrepublik nach der vierten. Mich würde nun interessieren, wie es heute in der Bundesrepublik um die verschiedenen Schulformen zahlenmässig steht. In der Schweiz jedenfalls ist die höhere Bildung nach wie vor relativ stark beschränkt. So besuchten nach Angaben des Bundesamtes für Statistik 1988 13, 7 Prozent der 17jährigen eine Maturitätsschule, und sogar lediglich 10,4 Prozent der 21jährigen eine Universität. Gerade in Kreisen der Wirtschaft setzt man weiterhin auf die traditionelle Meisterlehre nach neun Schuljahren...

Peter Zedler: Also, in der Bundesrepublik sieht das ganz anders aus. Zuerst einmal zur Klärung: In der Sekundarstufe I haben wir drei, mit der sog. «Gesamtschule», die in manchen Bundesländern Regelschule geworden ist, vier Schulformen. Da ist einmal die Hauptschule als gleichsam «unterstes» Niveau zu nennen, deren prozentualer Anteil im Bundesdurchschnitt von 1975 bis 1990 von zirka 42 Prozent auf 27 Prozent

zurückging. In einzelnen Bundesländern kann diese Quote sogar noch viel weniger betragen; in den Stadtstaaten Berlin und Bremen sind es noch ca. 13 bis 14 Prozent.

Dann gibt es die Realschule, die zur «mittleren Reife» bzw. Fachhochschulreife führt. Die Realschule besuchen etwa 23 Prozent eines Altersjahrganges. Bemerkenswert scheint mir, dass die Realschule mit ihrem mittleren Bildungsweg heute grosse Profilierungsschwierigkeiten bei der Abgrenzung gegenüber Hauptschule und Gymnasium hat. Sieht man von der Sonderschule ab, geht der Rest aufs Gymnasium über. Wir haben heute gymnasiale Übertrittsquoten zwischen 35 und über 50 Prozent...

Heinz Moser: Wahnsinn, das ist für uns gar nicht vorstellbar!

Peter Zedler: In Münster zum Beispiel, weil wir gerade hier sitzen, gehen 52 Prozent ans Gymnasium, in Bergkamen rund 70 Prozent. In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch noch auf die «Gesamtschulen» eingehen, wo man versucht, die bisher getrennten Schulformen zu integrieren. Aufgrund der Schwierigkeiten der Gemeinden, bei abnehmenden Schülerzahlen noch eine eigene Hauptschule aufrechtzuerhalten, sind in Nordrhein-Westfalen (vornehmlich in den letzten zwei bis drei Jahren) immer mehr Gesamtschulen gegründet worden.

Heinz Moser: Gesamtschulen haben sich bei uns nie durchsetzen können. Gerade angesichts der deutschen Erfahrungen mit diesen riesigen Schulkomplexen, die in den siebziger Jahren gegründet wurden, blieb man skeptisch. Diese Reform galt gerade in bürgerlichen Kreisen als dezidiert links und «gleichmacherisch». Erst in den letzten Jahren hat sich dies entkrampft. So gibt es jetzt zum Beispiel im Kanton Zürich ein breiter angelegtes Schulexperiment mit sog. «abteilungsübergreifendem Unterricht», wo man versucht, schulformenübergreifende Niveaudifferenzierung zu praktizieren, allerdings – wie meines Wissens auch in Deutschland – unter Ausschluss der gymnasialen Bildungsstufe.

Peter Zedler: Um den Gedanken nochmals aufzunehmen: Die Kommunen sagen sich bei uns: Wenn schon die Schüler für eine Hauptschule fehlen und immer mehr Schüler an Realschulen und Gymnasien benachbarter Gemeinden abwandern, gründen wir eine Gesamtschule, um die Kinder am Ort zu halten. Deren Schülerpotential rekrutiert sich in den letzten zwei Jahren zunehmend aus Haupt- und Realschülern. Bundesweit gibt es bei den Gesamtschulquoten sehr grosse Unterschiede: in Bayern 0,6 Prozent, in Nordrhein-Westfalen dagegen 12 bis 14 Prozent.

Heinz Moser: In der Schweiz ist die Sekundarstufe recht kompliziert aufgebaut. Meist handelt es sich aber um drei- bis viergliedrige Schulstrukturen. Der föderalistische Wirrwarr geht so weit, dass eine Bezeichnung wie «Realschule» sowohl die leistungsschwächste wie in anderen Kantonen eine «mittlere» Abteilung bedeuten kann. Wenn ich jetzt mit den Zahlen in der Bundesrepublik vergleiche, so versucht man bei uns doch noch viel stärker, Ausbildungsformen zu erhalten, welche nach den zirka neun Volksschuljahren direkt in eine Berufslehre münden. Gerade in Wirtschaftskreisen wird immer wieder für diese Lehre mit ihrer frühzeitigen Berufspraxis votiert. Und es herrscht die Auffassung, dass die modernen technologischen Entwicklungen nirgend so hautnah angeeignet werden können wie in den Betrieben selbst.

Daneben versucht man im Berufsbereich eigenständige weiterführende Bildungsmöglichkeiten auf- und auszubauen. So gibt es seit einigen Jahren eine Berufsmittelschule; aber auch die Möglichkeiten des zweiten Bildungsweges oder die höheren Fachschulen werden bei uns sehr gepflegt. Prospektiv stellt sich zudem die Frage der rekurrenten Bildung – etwa ob nicht ein regelmässiger Bildungsurlaub im Sinne der kontinuierlichen Weiterqualifizierung eingeführt werden müsste. In der Schweiz sähe ich jedenfalls grosse Widerstände, wenn man die Bildungsanstrengungen so stark auf das Gymnasium zu lenken versuchte. Und gibt es in der Bundesrepublik nicht auch Beweise für eine Fehlinvestition – etwa den Taxifahrer, der wegen dieser «Gymnasiasten- und Studentenschwemme» keinen anderen Job mehr gefunden hat?

Streitpunkt: Früher oder später Berufseinstieg

Peter Zedler: Solche privaten Einzelfälle sagen über gesellschaftliche Strukturen wenig aus. Jedenfalls ist es nicht vorstellbar, dass man bei uns das Rad nochmals zurückdreht. Bis zur Mitte der neunziger Jahre dürfte die Übertrittsquote ans Gymnasium sich sogar nochmals erhöhen – bis auf ca. 47 Prozent im Bundesdurchschnitt. Allerdings muss davon natürlich die Erfolgsquote unterschieden werden, also wie viele dann wirklich Abitur machen. Immerhin hat erst im letzten Jahr eine durch den französischen Bildungsminister geführte Kommission gefordert, dass bis zum Jahr 2000 rund 80 Prozent eines Altersjahrgangs bis zum Abitur geführt werden sollen.

Eine Relativierung muss ich allerdings noch anbringen: So gibt es bei uns auch die fachgebundene Hochschulreife, die auf verschiedenen Wegen erworben werden kann. Also bei uns haben gegenwärtig von den Hochschulzugangsberechtigten 47 Prozent eine solche fachgebundene und nicht die mit dem Abitur verbundene allgemeine Hochschulreife.

Heinz Moser: Solche Fachhochschulen sind bei uns vielfach nicht «Hochschulen» im eigentlichen Sinn. Sie setzen keine Maturität (also Abitur) voraus, sondern dienen der Weiterqualifikation im Bereich der beruflichen Bildung. Und ich frage mich, ob dies nicht ein Weg ist, der für den Schüler nicht mindestens genau so attraktiv ist. Denn die Berufslehre ist doch ein Ausweg zur zunehmenden Verschulung in den westeuropäischen Gesellschaften. Möglicherweise ist dann auch die Bildungsmotivation wieder grösser, wenn man als qualifizierter Berufsmann wieder in eine Ausbildung einsteigt.

Peter Zedler: Der allzu frühe Berufseinstieg wird bei uns nicht so positiv gesehen. Der Common-sense unserer Wirtschaft heisst eher: Je mehr grundständige Bildung desto besser – was nicht heisst, dass man vom Prinzip der dualen Ausbildung (also Betrieb und Schule) nichts mehr hält. Im Gegenteil...

Heinz Moser: Warum?

Peter Zedler: Je grösser die Auswahl an qualifizierten Berufseinsteigern ist, desto besser kann die Wirtschaft selektionieren. Die Schule ist in der Folge dann allerdings nicht mehr das alleinige Selektionsinstrument im Hinblick auf die Besetzung von Positionen. Nach Auffassung vieler Vertreter der Wirtschaft muss die Koppelung von Schule und Beschäftigungssystem – im Sinne einer Berechtigung zur Besetzung einer Position aufgrund eines einmal erworbenen Bildungsabschlusses – weiter aufgegeben werden.

Dazu kommt, dass die Qualifikationsansprüche an das Bildungssystem generell viel höher geworden sind. Nehmen wir zum Beispiel die industriellen Elektro- und Metallberufe. Hier sind die Anforderungen durch den Technologiewandel, die Informatik etc. doch sehr stark angestiegen, und man setzt deshalb heute hier als Einstiegsqualifikation praktisch die mittlere Reife voraus. Sogar im Bereich der handwerkli-

chen Elektro- und Metallberufe ist man heute schon am Zweifeln, ob die Hauptschule noch ausreicht. Ich würde behaupten, dass ein Absolvent der Hauptschule auf dem Niveau von 1965 heute einfach nicht mehr in der Lage wäre, Elektroinstallateur im industriellen Bereich zu werden.

Heinz Moser: Bei der Beurteilung dieser Situation gibt es sicher keinen Dissens, höchstens über die Funktion der Schule dabei. Man muss ja auch in Rechnung stellen, dass das Bildungssystem bei der Vermittlung des technischen Fortschrittes nie weit vorne war, sondern bei uns meist sehr verspätet reagierte. Vom schweizerischen Gesichtspunkt aus stellt sich deshalb schon die Frage, ob nicht ein System von Lehre und Berufsschule auf den Technologiewandel adäquater vorbereitet – vor allem, wenn dieses berufliche Bildungssystem noch stärker auch den Zugang zu weiterführenden Bildungsabschlüssen eröffnete.

Zudem stellt sich eine zweite Frage: Das Leistungspotential ist ja nicht unbegrenzt. Kann man denn einfach aus den ehemaligen Hauptschülern Gymnasiasten machen – oder würde damit nicht das Niveau des Gymnasiums weit abgesenkt und der Ausbildungsstandard im Bildungswesen damit generell verschlechtert?

Peter Zedler: Bei uns ist es eindeutig klar, dass das Gymnasium heute die Hauptschule geworden ist – schon was die Übertrittsquoten betrifft. Von einem Niveauverlust zu sprechen ist dennoch nicht möglich. Vielmehr sind die theoretischen Ansprüche des Gymnasiums in den letzten dreissig Jahren sehr gestiegen. Man müsste deshalb eher sagen, dass heute einfach mehr Jugendliche einen höheren Bildungslevel erreichen, weil die Förderung eine andere geworden ist – und vor allem auch die Eltern viel daran setzen, dass die Kinder den höchstmöglichen Bildungsabschluss erreichen. Nach einer Repräsentativumfrage aus diesem Jahr möchten 80 Prozent der Eltern für ihr Kind das Abitur.

Heinz Moser: Aber braucht denn wirklich jeder Lehrling mindestens die mittlere Reife oder gar das Abitur?

Peter Zedler: Der Bedarf wächst jedenfalls. So ist in der Bundesrepublik in den letzten Jahren die Anzahl der Abiturienten stark gestiegen, die eine Berufsausbildung beginnen – von zirka 6 Prozent im Jahre 1976 auf gegenwärtig 17 bis 18 Prozent. Ein zukünftiges Problem wird es sein, universitäre Bildungsgänge einzurichten, in denen der Anteil einer betrieblichen Ausbildung für das Studium angerechnet werden könnte oder beides miteinander verzahnt wird. Nach meiner Kenntnis wäre die Wirtschaft bereit, hier einiges zu investieren.

Heinz Moser: Bei uns ist Studium nach wie vor der Hort einer theoretisch fundierten Ausbildung. Allenfalls gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen im Forschungsbereich. Und es wird in letzter Zeit zukünftig das «Sponsoring» diskutiert, also ob nicht von der Wirtschaft gewisse Lehrstühle finanziert werden könnten. Eine systematische Anstrengung, das duale System der Berufsausbildung auf die Hochschulen zu erstrecken, scheint mir im Moment kein Diskussionspunkt.

Blickpunkt EG

Peter Zedler: Die Frage stellt sich allerdings, ob eine solche «Sonderrolle» der Schweiz, wie sie in diesem Gespräch immer wieder auftaucht, im Hinblick auf die EG-Integration noch aufrechtzuerhalten ist. Nehmen wir nur die sog. «Berufsbefähigungsnachweise», die regeln, ob z.B. ein deutscher Meister im Bereich der Elektrotechnik jenem in der Bundesrepublik oder Italien entspricht. Ich weiss, dass die Schweiz bei diesen Verhandlungen Probleme bekommen hat. Es werden hier bei Euch sicher vermehrte Anstrengungen unternommen werden müssen, um solche Abschlüsse international anerkannt zu bekommen.

Heinz Moser: Die – möglicherweise etwas gar simplen – Argumente unserer Bildungspolitiker lauteten wohl, dass einer, der sich nach einer betrieblichen Lehre in engem Kontakt zur Praxis teilzeitlich zum Meister qualifiziert, für seine Tätigkeit oft besser vorbereitet sei als einer, der vorwiegend ein theoretisches Studium absolviert. Allerdings müssten diese Kreise sich langsam bewusst werden, dass inhaltliche Skepsis wenig hilft, wenn es um die rein formelle Anerkennung

von Abschlüssen geht. Die Angleichung an die EG wird jedenfalls bei uns in den nächsten Jahren noch viel zu diskutieren geben. Und letztlich wird man wohl manche heiligen Kühe des «Sonderfalles Schweiz» auf dem Altar der europäischen Integration opfern müssen.

Sonderfall Schweiz?

Die Zeitschrift «Forum Pädagogik» berichtet gegenwärtig ausführlich über das Bildungswesen der Schweiz. Im Sinne der Verständigung zwischen den beiden Nachbarländern und zur Fortführung der EG-Diskussion der «schweizer schule» erscheint das Gespräch von Heinz Moser und Peter Zedler auch in der «schweizer schule». Hinzuweisen ist daneben besonders auf Heft 4 des «Forum Pädagogik», einer von unserem Redaktionsmitglied Heinz Moser herausgegebenen Sondernummer über die Schweiz. Sie enthält unter anderem Beiträge von Moritz Arnet, Armin Gretler, Hans-Ulrich Grunder, Heinz Moser, Peter Sieber und Anton Strittmatter. Bezug bei: Schneider Verlag Hohengehren GmbH, Wilhelmstrasse 13, D-7066 Baltmannsweiler 2.

Peter Zedler: Eines sollte man in diesem Zusammenhang nicht vergessen: Wissenschaftliche Studien haben für den gesamten Bereich der EG gezeigt, dass der grösste Teil der Arbeitslosen aus dem Bereich der unqualifizierten Facharbeiter – also z.B. der angelernten Arbeiter – stammt. Je höher die Ausgangsqualifikation ist, desto grösser ist die Flexibilität im Hinblick auf berufliche Einsatzmöglichkeiten. Aus diesen Erfahrungen heraus hat man auch in den handwerklich-industriellen Berufen eine Grundbildung eingeführt, die stark theoretisch und felderübergreifend angereichert ist. Damit soll auch hier eine grössere Flexibilität erreicht werden, um gegebenenfalls leichter in ein anderes Berufsfeld einsteigen zu können.

Heinz Moser: Ich denke, dass die Probleme bei uns ganz ähnlich sind – aber wegen des ausgetrockneten Arbeitsmarktes weniger zum Tragen kommen. Dennoch dürfte z.B. die Einführung einer mehr theoretisch ausgerichteten Berufsmittelschule für die «bessern» Lehrlinge gerade aus solchen Motiven heraus erfolgt sein. Ich möchte aber noch ein grundsätzliches Problem ansprechen, das mir angesichts all dieser Bildungsperspektiven auf den Nägeln brennt: Ich befürchte nämlich, dass die zunehmende Verschulung für heranwachsende Menschen persönlich auch Kosten mit sich bringt, die negativ zu Buche schlagen. Es gibt doch auch die 15–16jährigen Jugendlichen, welche der Schule so überdrüssig sind, dass sie es kaum erwarten können, bis sie in die Berufslehre einsteigen können. Mehr und länger Schule kann doch auch bedeuten, dass Aggressionen und Konzentrationsprobleme im Unterricht noch mehr zunehmen. Ich finde es schon einen gewissen Widerspruch, dass auf der einen Seite die Kindheit verschwindet, während gleichzeitig die Schulzeit immer mehr ausgedehnt und intensiviert wird.

Peter Zedler: Vielleicht ist die Bundesrepublik in der Tat ein schlechtes Beispiel, da hier die Berufsausbildung im Hochschulbereich oft exorbitant lange dauert. Während ein Ingenieur in Frankreich mit 21,7 Jahren in den Beruf geht, verlässt er bei uns die Hochschule mit 27 Jahren. Bei uns wird denn auch die Anpassung an die EG heissen, dass die Ausbildungsdauer reduziert werden muss. Das Problem ist dabei nur: Das darf nicht auf Kosten des theoretischen Niveaus gehen.

Anstelle einer Zusammenfassung: das Schlusswort

Heinz Moser: Wir könnten noch stundenlang weiterdiskutieren. Dennoch ist es, glaube ich, Zeit für ein letztes Statement.

Peter Zedler: Ich denke, dass Investitionen in den Bildungsbereich, und das gilt für den gesamten EG-Bereich, nirgends negative Konsequenzen gezeigt haben. Zwar kann nicht wissenschaftlich nachgewiesen werden, dass hohe Investitionen in den Bildungsbereich sich volkswirtschaftlich in einer bestimmten prozentualen Erhöhung des Bruttosozialproduktes auszahlen. Aber

nicht nur gilt, dass sie nicht schädlich sind, sondern dass ohne vermehrte Bildung wirtschaftliche Prosperität nicht möglich ist. Die Unternehmen in der Bundesrepublik – dies nur als kleiner Hinweis – haben nicht ohne Grund in den letzten fünf Jahren ihre Mittel für Weiterbildung und Beratung um 300 bis 500 Prozent erhöht. Bereits Unternehmen mit 2000 Beschäftigten geben heute pro Jahr zweistellige Millionenbeträge dafür aus. Von da her wird – auch von seiten der bundesdeutschen Wirtschaftsunternehmen und -verbänden – immer wieder hervorgehoben. Gegen mehr Bildung haben wir überhaupt nichts – nur her damit!

Heinz Moser: Mit der letzten These gehe ich einig. In meinem Schlusswort möchte ich allerdings mehr die zunehmenden Unterschiede in der bildungspolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte hervorheben – obwohl der Ausgangspunkt der beiden Bildungssysteme am Ende der fünfziger Jahre relativ ähnlich gewesen ist (z.B. dreigliedriges Schulsystem, relativ elitäre Gymnasial- und Universitätsausbildung). Die danach verfolgten bildungspolitischen Strategien waren dann aber recht verschieden. So betrachtete unsere offizielle Politik der letzten Jahrzehnte Forderungen wie «Chancengleichheit» und Öffnung bzw. quantitativer Ausbau der höheren Bildung mit grossem Vorbehalt. Obwohl sich auch in der Schweiz die Studentenzahlen seit der Mitte der sechziger Jahre in absoluten Zahlen verdoppelten, sind Länder wie die Bundesrepublik hier viel weiter gegangen. Jedenfalls setzt man bei uns noch viel stärker auf einen Ausbau des beruflichen Bildungswesens im Sinn der rekurrenten Bildung. Ob dies im Sog der EG allerdings ein gangbarer alternativer Entwicklungsweg ist, muss man – realistisch gesehen – allerdings bezweifeln. Und dies, obwohl mir der Schweizer Weg durchaus auch Vorteile zu beinhalten scheint (gerade gegenüber der zunehmenden lebenszeitlichen Verschulung). Jedenfalls dürften sich auf Druck der EG die bildungspolitischen Wege in Zukunft eher annähern, und das ist vom Gesichtspunkt der europäischen Zusammenarbeit her gesehen sicher eine Entwicklung mit vielen positiven Auswirkungen für das Verhältnis unserer beiden Länder.

Mit dem kritischen **Vergleich der Bildungssysteme der Bundesrepublik und der Schweiz** hat sich die «schweizer schule» schon früher befasst.
In Heft 9/88 mit dem Thema **«Die Schweiz in einer heimlichen Bildungskrise?»** setzte sich Heinz Moser mit den Thesen des deutschen Soziologen Hans Luksch auseinander. Diese Diskussion wurde im Themenheft 9/89 unter dem Titel **«Bildungspolitik und Schulreform»** von Jürgen Oelkers und Uri Peter Trier fortgesetzt.

Der Verlag bietet die beiden Hefte zusammen zum Sonderpreis von Fr. 12.– (zuzüglich Fr. 1.– Versandkosten) an. Bestellen Sie bitte bei:
Brunner AG, Arsenalstrasse 24, 6010 Kriens.